Nr. 23. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, 14. Januar 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 13. Januar.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Das Haus fährt in der Besprechung der Nothstands-Interpellation Auer, Singer und Genossen fort.

Abg. Barth (frs.): Auch ich muß auf den Streik im Saar-Revier eingehen. Herr v. Stumm hat schwere Angriffe auf die Bergverwaltung gerichtet. Wie es berechtigt war, hat der Herr Minister darauf geantwortet, und was er sagte, war sachlich und hat einen überzeugenden Eindruck gemacht. Aber eine Behörde, die zugleich Arbeitgeber ist, hat doppelt Anlaß, vorsichtig vorzugehen und nicht „Schneidigkeit" mit Festigkeit zu verwechseln. Was Herr von Stumm gestern verlangte, hätte, wenn die Bergbehörde es ausgeführt, sich als etwas sehr Unbesonnenes herausgestellt. 25,000 Mann so ohne Weiteres entlassen, — was wäre dann geschehen?! Die Bergbehörde hätte sich mit einer solchen Drohung unzweifelhaft kompromittirt. Nein, man kann höchstens, im Gegensatze zu Herrn Stumm, darüber zweifelhaft sein, ob nicht die Bergverwaltung schon etwas zu schneidig vorgegangen sei. Erwarten läßt sich jetzt jedenfalls, daß bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokraten ein Flugblatt verbreiten werden, worin es heißt, daß Herr v. Stumm selber, nach dem eigenen Zeugniß des Herrn Handelsministers, die Autorität der Behörden öffentlich zu untergraben versucht habe. (Sehr richtig!) Was den Streik anlangt, so muß doch irgend ein Grund vorhanden gewesen sein, der ihn veranlaßte. Und nach den eigenen Aeußerungen der beiden Herren Minister gestern scheint dieser Punkt, dieser Mangel in der Organisation auch klar zu Tage zu liegen. Die Bergbehörde hat mit den Bergarbeitern nicht unterhandeln wollen. Herr v. Berlepsch behauptete, es seien seitens der Arbeiter keine Beschwerden an ihn gelangt. Nun, in der Beziehung liegt die Sache wohl so, wie bei den Soldaten-Mißhandlungen, wo der Kriegsminister auch immer sagt, es seien keine Beschwerden an ihn gelangt. Es liegen also offenbar Unklarheiten vor in dem Verhältniß zwischen Arbeitern und Behörde. Daß man sagt, die Leute seien aufgehetzt durch gewissenlose Agitationen, beweist nichts. Mit dem patriarchalischen Verhältniß läßt sich heute nicht auskommen. Die Arbeiter wollen auch heutzutage ein gewisses Machtverhältniß. Daß sie verführt worden sind, mag sein, daß sie aber so leicht verführt werden konnten, daran scheinen doch die Behörden eine gewisse Schuld zu haben. Man will eben keine organisirten Arbeiter, während es doch Thatsache ist, daß die organisirten Arbeiter am wenigsten zu fürchten sind, weil sie Führer haben, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind. — Nun zu dem Nothstande. Er ist gestern behauptet und geleugnet worden. Nun, derartige Nothstände sind bis zu gewissem Grade immer vorhanden, so daß man manchmal zweifelhaft sein kann, ob im gegebenen Augenblicke gerade ein außergewöhnlicher Nothstand vorliegt. Ich für meinen Theil hege daran einige Zweifel, ob der Nothstand heute größer ist, als beispielsweise im Vorjahre, denn heute sind die Lebensmittelpreise erheblich niedriger, als sie es im Vorjahre unter dem Einflusse einer mangelhaften Ernte waren. Die Sozialdemokraten behaupten, durch Einführung einer Kollektivwirthschaft würde der Nothstand schwinden. Sie werden nicht verlangen, daß wir das glauben. (Ruf links: Nein.) Nein, so naiv sind wir nicht. Der Beweis für jene Behauptung der Sozialdemokraten ist uns jedenfalls noch nicht, noch niemals praktisch erbracht worden. Im Gegentheil, gerade bei diesem Streik an der Saar erfahren wir so recht, wie schwierig selbst bei einem so engbegrenzten Gebiete der Staatswirthschaft die Reibungen mit den Arbeitern nicht aufhören. Um so weniger können wir auf diese Brücke mit den Sozialdemokraten treten. Nun verlangten die Herren Sozialdemokraten gestern freilich keine grundsätzlichen Konzessionen, sondern nur, gleichsam als Abzahlung, solche innerhalb der jetzigen Gesellschaftsordnung, um für die Arbeiter wenigstens etwas herauszuschlagen. Auf diesem Gebiete können wir ihnen an sich folgen. Sie verlangen z. B. Nothstandsarbeiten, und zwar solche, die sonst nicht unbedingt erforderlich wären. Wollte man sich aber darauf einlassen, dann gäbe es überhaupt kein Ende mehr. Wo es sich nicht um wirklich nothwendige Arbeiten handelt, wäre die Ausgabe Verschwendung. Das Verlangen nach solchen nicht unzweifelhaft nothwendigen Arbeiten heißt also: Der Noth ein Ende machen durch Verschwendung! Weiter machte der sozialdemokratische Redner den Vorschlag, gesetzlich die Arbeitszeit, die tägliche, zu verkürzen. Damit würde die Zahl der Arbeitslosen abnehmen. Statt je 8 würden dann etwa je 10 Arbeiter beschäftigt werden können, um dieselbe Arbeit zu liefern. Aber dieser sozialdemokratische Gedanke leidet daran, daß man ja von der kürzeren Arbeitszeit auch eine intensivere Arbeit erwartet. Aber wäre das auch wirklich nicht der Fall, dann würde doch aus jenem Vorschlage folgen: Vertheuerung der Produktion und Abnahme des Verbrauchs, auch das also wiederum schließlich zum Schaden der Arbeiter führen. Gerade die vermehrte Arbeitsleistung, durch Maschinen, verhilft dem Arbeiter durch die Verbilligung der Produkte und die dadurch bedingte Steigerung des Konsums zu vermehrter Arbeitsgelegenheit. Dieser Prozeß hat auch thatsächlich — man muß nur größere Perioden mit einander vergleichen — dem Arbeiter genutzt, ihm auch gegen früher höhere Löhne verschafft. Ich sehe daher auch keinen Grund, mit dem ganzen bisherigen Wirthschaftssystem zu brechen. Allerdings kann man diesen Prozeß noch besser zu gestalten suchen, und namentlich ist daran bei dieser Nothstands-Debatte zu erinnern. Unsere Krisen sind seit 1879 zwar nicht bewirkt, aber doch verschärft worden durch die Bismarck'sche Klassen-, die Protektionspolitik, die Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel. Indem diese Politik den herrschenden Klassen Renten verschaffte auf Kosten der Menge, hat man die berechtigten Klagen, in denen wir uns ebenso wie die Sozialdemokraten ergehen, hervorgerufen. Auch der Panamaskandal ist gerade auf dem Mistbeet des Protektionismus erwachsen. Das ist kein Zufall. Und eben so wenig ist es Zufall, daß der Einzige, der mit erhobenem Haupte in diesem Skandal dasteht, Paul Leroy Beaulieu, der Führer der Freihandelspartei in Frankreich ist. Leider haben wir diesen Protektionismus in Frankreich und sonst überall mitverschuldet durch unser Beispiel seit 1879. Was wir jetzt zu thun haben, ist danach: Rückkehr zu einer gesunden Wirthschaftspolitik. Mit unserer Wirthschaftspolitik seit 1879 haben wir leider auch großgezogen den Staatssozialismus, die Zwangsversicherungsgesetzgebung. Dadurch hat man den verderblichen Glauben großgezogen, als ob der Staat die wirthschaftliche Prosperität verbürgen könne. Das kann er nicht, er kann höchstens verhindern, was ihr entgegenwirkt. Dazu kommt dann nun noch eine falsche Finanzpolitik und man nimmt Anleihen auf und thesaurirt zugleich 45 Millionen Erträge der neuen Einkommensteuer und zu allem Uebrigen verschenkt man an die Grundbesitzer Grund- und Gebäudesteuern. Und in einem Augenblicke, wo man 45 Millionen Defizit in Preußen hat, bietet man dem Volke in der Lotterie 80 000 neue Loose an. Diese ganze verderbliche Finanzpolitik verschärft die Wirkungen der verderblichen Wirthschaftspolitik. Machen Sie auf diesem Gebiete eine gesunde Politik, dann und nur dadurch werden Sie am besten Nothständen entgegenarbeiten. Wenn wir hier Sie überzeugen, daß diese ganze Bismarck'sche Politik nichts taugt, dann, meine Herren (zu den Sozialdemokraten) werden Sie sich allerdings durch Ihre Interpellation ein Verdienst erworben haben. (Beifall.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich kann den gestrigen Ausführungen des Ministers v. Berlepsch nicht in allen Punkten beistimmen. Regierung und Bergbehörden legen zu großes Gewicht auf Nebendinge, statt auf die Hauptfragen. Dabei muß ich bemerken, daß der Herr Minister den Abg. v. Stumm gestern in einem Punkte mißverstanden hat. Herr von Stumm verlangte nur definitive Entlassung kontraktbrüchiger Arbeiter, ohne damit zu wollen, daß solche Arbeiter niemals wieder angenommen werden sollen. Herr von Stumm hat jedenfalls mit seinem Vorwurf einer laxen Praxis der Bergverwaltung nicht Unrecht, wenn es wahr ist, daß die Verwaltung Arbeiter zur Arbeit wieder angenommen hat, ohne zugleich ihren Austritt aus dem Rechtsschutzverein zu fordern. Eine scharfe Disziplin ist unter allen Umständen nothwendig. Das Schlimmste ist deshalb auch die Gewährung von Konzessionen an die Arbeiter in Folge von Streiks. Gerade das schädigt die Disziplin am meisten. Was die Verwaltung gewähren **kann**, sollte sie lieber gewähren, **ehe** es zum Streik kommt. Schärfere Disziplin muß sein. Die Frage, ob es mit den Interessen der Disziplin vereinbar ist, solche sozialdemokratischen Arbeiter auf den Gruben zu beschäftigen, muß ich verneinen. Man will mit den Leuten verhandeln! Worüber denn eigentlich? Der Minister hat doch gestern selbst ausgeführt, daß kein Anlaß zum Streik vorlag. Redner führt dann den Nothstand, soweit er vorhanden, zu einem wesentlichen Theile zurück auf das Strömen der Arbeiter vom platten Lande nach den Städten und geht in Zusammenhang damit auf die Noth der Landwirthschaft ein. Redner schließt damit, er könne keinerlei Verpflichtung des Staates, Arbeit zu schaffen, anerkennen, so lange noch auf dem platten Lande Arbeitsgelegenheit genug vorhanden sei, die nicht aufgesucht werde.

Abg. Pfähler (ntl.), auf den Tribünen sehr schwer verständlich, legt dar, daß der Streik an der Saar unberechtigt, die Löhne genügend hoch seien. Im Interesse der Steuerzahler sei es nicht zu umgehen, daß auch der Staat bei niedrigen Verkaufspreisen die Löhne ermäßige.

Abg. Auer (Sozd.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Ministers von Bötticher. Diese Ausführungen haben auf uns einen erheblichen Eindruck nicht gemacht. Die Statistik, welche von uns aufgenommen war, hat, wenn sie auch kein vollständiges Bild ergeben hat, doch den Beweis geliefert, daß die Arbeitsnoth eine sehr große ist. In Halle befinden sich 1002 Arbeitslose, in Braunschweig 1367 Arbeitslose, darunter 659 Familienväter mit 1700 Kindern, in Giebichenstein, einem Orte von 1500 Einwohnern befinden sich 352 Arbeitslose, darunter 259 Familienväter mit 746 Kindern. In Bremen hat kürzlich eine Versammlung der Arbeitslosen stattgefunden, wobei sich herausgestellt hat, daß 3000 Arbeitslose vorhanden sind. Diese wenigen Zahlen beweisen doch, daß die Reichsregierung schlecht unterrichtet sein muß, wenn sie glaubt, daß ein Nothstand in Deutschland nicht vorhanden sei. Bis zu den Ministerhotels ist der Nothstand allerdings noch nicht vorgedrungen, aber daß er in Arbeiterkreisen vorhanden ist, kann nicht bestritten werden. Auch in anderen Kreisen wird der Nothstand anerkannt, wie z. B. der Jahresbericht der Berliner städtischen Gasanstalten pro 1891—92 beweist. Auch im Eisenbahnbetrieb erkennt man dies an, denn in der Betriebswerkstatt zu Erfurt ist am Tage vor Weihnachten eine Lohnreduktion von 5—10 Prozent angeordnet worden. Das Amtsblatt in Flöha bringt einen Artikel über die Spielwaaren-Industrie, namentlich über die Hausindustrie im oberen Erzgebirge. Der Artikel ist überschrieben: „Ein industrielles Schmerzenskind." Darin wird nachgewiesen, daß eine Familie in der Woche nicht mehr als 4 bis 6 Mark verdiene. Und solchen Zuständen gegenüber leugnet die Regierung das Vorhandensein eines Nothstandes. Fast sämmtliche Redner haben an uns die Aufforderung gerichtet, wir möchten doch unser Möglichstes dazu thun, daß der gegenwärtige Ausstand im Saarrevier beigelegt werde. Da muß ich erklären, daß wir dazu so wenig im Stande sind, als wie wir die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Streiks übernehmen können. Wir haben in jenen Bezirken keinen Einfluß, das sind Sie (zur Rechten), die Parteigenossen des Herrn Stumm. Sie sind diejenigen, die den Fall Löwe hervorgerufen haben. (Widerspruch.) Denken Sie an die Broschüre über die Judenflinten, die einer Ihrer Parteigenossen geschrieben hat. (Widerspruch.) Denken Sie nur an die patriotische Handlung der Firma Krupp, welche für Napoleon die Kanonen geliefert hat. (Große Unruhe.) Wir können den Streik nicht aus der Welt schaffen, obwohl wir ihn bedauern, wie Sie. Die sozialdemokratische Partei hat weder mit dem Streik, noch dem Rechtsschutzverein irgend etwas zu thun, wenn ich auch zugeben will, daß unter den Mitgliedern des Rechtsschutzvereins auch Sozialdemokraten sind. Wir haben den Streik nicht hervorgerufen. Im Zwickauer Bergwerkbezirk da haben wir Einfluß, aber dieser Bezirk ist der einzige Bezirk, welcher ruhig geblieben ist. Wir haben den Rath gegeben, den Streik nicht zu beginnen, weil er bei der jetzigen Arbeitslosigkeit ohne Erfolg sein müsse. Das sind unsere Bergarbeiter, die uns gewählt haben, die aber niemals Herrn v. Stumm wählen und wenn er sich auf den Kopf stellte. (Heiterkeit.) Herr v. Stumm hält jeden Bergarbeiter für einen Sozialdemokraten, der nicht vollständiger Sklave ist, sondern versucht eine selbstständige Meinung zu äußern. (Widerspruch.) Die Drohung des Herrn von Stumm mit dem Unternehmerstreik schreckt nicht sehr, dagegen schützt uns die Sucht, die Sie haben, etwas zu verdienen und aus den Arbeitern herauszuschlagen. Dem Herrn Handelsminister erwidere ich, daß die Ursachen des Streiks im Saarrevier einzig und allein in der oktroyirten neuen Arbeitsordnung und in dem dadurch eingeführten System der Lehrhauer liegen, welches man bisher nicht kannte und welches eine dreijährige Zwischenstufe zwischen dem Schlepper und Vollhauer schafft. Dagegen richtet sich vor Allem die Aufregung. Die Leute haben auch 2 Monate vorher erklärt, daß sie nicht gesonnen seien, sich eine solche Bestimmung gefallen zu lassen. Es ist also nicht wahr, daß die Leute sich vom Rechtsschutzverein haben hinreißen lassen. Wenn man es einigermaßen verstanden hätte, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen, dann wäre es sicher zu einem Streik nicht gekommen. Die Löhne und Schichte haben bei dem Streik keine Rolle gespielt, obwohl im Monat Dezember ganz erhebliche Lohnreduktion stattgefunden hat. An diesem Streik haben sich auch die Frauen in einer Weise betheiligt, wie nie zuvor. Es erklärt sich dies dadurch, daß der Druck, unter dem diese Bevölkerung leidet, oder zu leiden glaubt, ein viel größerer ist, als die Behörden anzunehmen scheinen. Daß das Auftreten der Frauen ungünstig gewirkt hat, ist begreiflich; es wird nächstens noch manches passiren, was auf Sie einen sehr starken Eindruck machen wird. Es ist behauptet worden, daß der Streik frivol, leichtsinnig und mit Rechtsbruch hervorgerufen worden sei. Bisher ist es unter verständigen Menschen Sitte gewesen, daß, wenn man solche Vorwürfe erhebt, sie auch beweisen kann. Wenn gestern hier behauptet wurde, daß 4 Mitglieder des Vorstandes des Rechtsschutzvereins wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern verhaftet worden seien, so ist dagegen zu bemerken, daß die Sache bereits sei zwei Jahren spielt, ohne daß ein Beweis hätte geführt werden können. Gegen ein solches Verfahren muß ich entschieden protestiren.

Minister v. Berlepsch: Ich muß die in den letzten Worten des Vorredners liegende Insinuation durchaus zurückweisen. Ich habe nur eine Thatsache mitgetheilt, und das ist mein Recht, die Thatsache, daß vier Leute, Führer beim Streik und Vorsitzende beim Rechtsschutzverein, verhaftet sind, verhaftet wegen Unterschlagung. Daß die Sache seit zwei Jahren schon anhängig ist, weiß ich nicht und brauche ich auch nicht zu wissen. (Abg. Grillenberger: Um so schlimmer! — Präs. v. Levetzow: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.) Jedenfalls habe ich nur eine Thatsache mitgetheilt, und das ist, das wiederhole ich, mein Recht.

Staatssekretär v. Bötticher bestreitet, daß er den Nothstand geleugnet habe. Einen partiellen habe er anerkannt, aber nicht einen solchen von einem Umfange, der ein Einschreiten des Staates nothwendig mache.

Hierauf wird die Debatte vertagt. Persönlich bemerkt noch

Abg. Auer: Hätte der Herr Staatsminister nur jene Thatsache mitgetheilt, so hätte ich kein Wort darüber verloren. Aber der Minister hatte an die Thatsache eine ganze Reihe Schlußfolgerungen geknüpft behufs Kennzeichnung des Rechtsschutzvereins. (Beifall links.)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Berathung der Branntweinsteuer.
Schluß 5½ Uhr.

E. L. Berlin, 13. Januar.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 13. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

In dritter Berathung wird zunächst der Gesetzentwurf betr. den Vorsitz im Kirchenvorstande katholischer Kirchengemeinden im Gebiete des rheinischen Rechts debattelos angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung des Wahlverfahrens.

Abg. Bachem (Zentr.): Meine Partei hat s. Z. die Zustimmung zur Steuer-Reform abhängig gemacht von einer Aenderung des Wahlgesetzes. Die gegenwärtige Vorlage nun bedeutet zwar eine Verbesserung, aber, wie Sie zugeben werden, keine hinreichende. Die Regierung will gewissermaßen den statns quo ante herstellen, wie er bestand **vor** Erlaß des Einkommensteuergesetzes von 1891. Ich sehe aber nicht ein, weshalb man nicht den status herstellen will, wie er besteht **nach** Erlaß des Einkommensteuergesetzes. Und will man dies nicht, so müßte man doch auf den Zustand zurückgehen, wie er 1849 bestand. Wir sind zur Zeit in einer Steuerreform begriffen, von der Niemand übersehen kann, wohin sie uns in Bezug auf das Wahlrecht führt. Aber dann sollte doch wenigstens die Regierung uns bestimmt versprechen, daß sie nach vollzogener Steuerreform uns statt dieses Stückwerks eine gründliche Wahlreform vorlegen will, welche das Verhältniß von 1849 wieder herstellt. Bei diesem Stückwerk hier schlägt die Regierung vor, alle direkten Steuern anzunehmen, auch die Kommunal-, Kreis- 2c. Steuern. Aber da liegt doch gar kein Grund vor, nicht auch die indirekten Steuern mit bei der Bemessung des Wahlrechts in Anschlag zu bringen. Die Regierung schlägt ferner vor, daß auf die 1. Wählerabtheilung $^5/_{17}$ der Gesammt-Steuersumme entfallen sollen, auf die 2. $^4/_{12}$ und die 3. $^3/_{12}$, und zwar soll das der Einheitlichkeit halber auch für die Kommunalwahlen gelten. Ich gebe zu, daß durch diese anderweite Eintheilung eine Verschiebung im Wahlrechte entsteht. Aber die Kammunalwahlen sollten doch nicht einheitlich nach einer Schablone mit den Landtagswahlen behandelt werden. Jene und diese Wahlen sind etwas ganz Verschiedenes. Wenn Sie bei den Staatswahlen auch die Kommunalsteuern mit anrechnen wollen. so geben Sie wieder den größeren Steuerzahlern ein erhöhtes Wahlrecht. Das staatliche Wahlrecht sollte sich doch nur nach den staatlichen Steuerpflichten richten. Sie schaffen mit diesem Ihrem § 1 also ein Wahlrecht mit noch mehr plutokratischem Charakter. Wäre sich die Plutokratie der Pflichten, die ihr der Reichthum auferlegt, bewußt, so könnte man sich das gefallen lassen. Wir haben aber eine durchaus egoistische Plutokratie, und darum muß man der Zustimmung des Wahlrechts zu einem plutokratischen entgegentreten. Gegenwärtig wählt in Berlin die Intelligenz, wählen sogar die Minister in der dritten Klasse. Diese Elemente für die zweite Klasse zu retten (Stürmische Heiterkeit), muß in unserem Interesse liegen. In die erste Klasse gehören sie nicht, denn dort würde ihr Einfluß doch demjenigen der Plutokratie weichen, und es ist zu befürchten, daß sie durch deren Einfluß dort für andere Interessen weniger empfänglich gemacht werden. Den Mängeln des Gesetzes könnte und am besten durch Festsetzung eines Prozentverhältnisses an Wählern für die einzelnen Klassen leicht abgeholfen werden. Das ist ein Gedanke, der in weiteren Kreisen des Volkes großen Anklang gefunden hat. In Mülheim sind jetzt 4, in Düren 9 Wähler in der ersten Klasse, ähnlich ist es in anderen Städten. Die Vorlage bringt da keine ausreichende Abhülfe. Die erste Klasse müßte mindestens 10 Prozent aller Wähler umfassen, über die Prozent-Verhältnisse der zweiten und dritten Klasse würde man sich leicht verständigen können. Für das Land paßt ja vielleicht 10 Prozent für die erste Klasse nicht überall, jedenfalls dürfte man mit Rücksicht auf das Land die erste Klasse nicht gar zu sehr ausdehnen. Alle diese Vorschläge sind aber nur Flickwerk. Das einzig Richtige wäre auch hier das **geheime Wahlrecht**, und zwar, weil wir nicht wünschen, daß bei den Wahlen **andere** Potenzen mitwirken, als das eigene Gewissen. Und zwar habe ich früher das geheime Wahlrecht hauptsächlich verlangt zur Bekämpfung des Einflusses der Plutokratie. Heute verlange ich es auch gegenüber dem Terrorismus der Sozialdemokratie. Ohne diesen wäre der Streik im Saarbrücker Revier nicht zu Stande gekommen. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Francke (natl.): Die Ergebnisse und Konsequenzen der Steuerreform für das Wahlrecht sind noch gar nicht zu übersehen. Deshalb, und weil die Session schon zu sehr belastet ist, können wir nicht ein ganz neues Wahlrecht, auch nicht im Sinne der Vorschläge des Vorredners, jetzt schaffen, sondern müssen uns im Rahmen der vorliegenden Novelle halten. Indem der § 1 die Realsteuer, also die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, insoweit sie künftig in der Gemeinde entrichtet werden, mit auf das Wahlrecht anrechnet, tritt eine Verstärkung — wie ich dem Vorredner bemerken möchte — des Einflusses des seßhaften Theiles der Bevölkerung ein, und ich kann nur sagen, daß mir persönlich das sehr sympathisch ist. Ich sehe in dieser Einbeziehung aller direkten Steuern deshalb einen Fortschritt, wogegen ich einer Anrechnung auch der **indirekten** Steuern **nicht** zustimmen könnte. Ebenso halte ich es für falsch, Prozentsätze für die einzelnen Abtheilungen festzusetzen, also etwa 10 pCt. für die erste, wie Herr Bachem wünscht. Die ganze Struktur der ersten Klasse könnte sich da doch zu sehr ändern, es könnten da Elemente in diese Klasse hineinkommen, die den anderen Elementen ganz ungleichartig sind. Bei dem § 2, wonach da, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate veranlagten Realsteuern treten, liegt die Befürchtung vor, daß von zwei in einem und demselben Urwahlbezirk befindlichen Gemeinden, von denen eine nur geringe und die andere gar keine Gemeindesteuern erhebt, diese letztere einen zu großen Einfluß auf die Wahl gewinnt. Da müßte nach Abhülfe gesucht werden. Dagegen jedoch braucht man wohl keine großen Bedenken zu hegen, daß die Großgrundbesitzer, die ja auch große kommunale Bedürfnisse decken, wenn sie auch keine Kommunalsteuern zahlen, ihre veranlagten Realsteuern anrechnen dürfen. Auf den § 3, das Kommunalwahlrecht, will ich mich nicht weiter einlassen. Es wird da in der Kommission Klarheit darüber gesucht werden müssen, wie sich die Verhältnisse des Wahlrechts zu der ersten und den anderen Abtheilungen in der Kommune stellen. § 4 will das Gesetz betr. Aenderung des Wahlverfahrens vom 24. Juni 1891 in Kraft lassen. Thatsache ist jedenfalls, und das ist traurig, daß in Folge des neuen Einkommensteuergesetzes hier in Berlin in der ersten Abtheilung nicht selten nur 2 und 3 Wähler sind, während die Minister Sr. Majestät der 3. Klasse zugehören. Ein Schankwirth 1. Klasse und ein Minister 3. Klasse, das ist in der That etwas Unerträgliches. Meine Freunde aber und ich, obwohl wir auch eine ganze Masse Einzelbedenken und Wünsche haben, verzichten doch auf Stellung weitgehender Anträge und halten mit Allem zurück, was über den Rahmen dieser Novelle hinausgeht.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Wir sind der Meinung, daß bei der Reform des Wahlrechtes ganze Arbeit gemacht werden muß; das „elendigste aller Wahlsysteme" muß beseitigt werden. Man hätte, wenn die Steuerreform in ihrer Tragweite für das Wahlrecht noch nicht übersehbar ist, warten können bis die Steuerreform weiter gediehen war. Jedenfalls mußte ein besserer Vertheilungsmaßstab für die Klasseneintheilung gefunden werden. Es ist eine Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Leuten und namentlich den Familienvätern, wenn die indirekten Steuern ganz unbeachtet bleiben.

Abg. v. Tzschoppe (frk.): Der Vertheilungsmaßstab giebt auch uns zu Bedenken Anlaß. Namentlich wird die Klarstellung des Begriffes „Kommunalsteuern" nöthig sein. Schulabgaben sind z. B. in einer Gemeinde Kommunalsteuern, in einer anderen nicht. Die Hereinziehung der Kommunalabgaben dürfte wohl entbehrlich sein, schon wegen der Unklarheiten, die dadurch herbeigeführt werden. Das geheime Wahlrecht hier einzuführen, ist nicht die geeignete Gelegenheit. Daß die Sozialdemokratie bei demselben Vortheile haben würde, ist bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse garnicht anzunehmen. Die Thatsachen sprechen gegen solche Annahme.

Abg. Rickert (frs.): Bismarcks Aeußerung über das elendeste aller Wahlsysteme kann nicht oft genug wiederholt werden. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Sie selber (zu den Nationalliberalen) haben Wahlaufrufe unterschrieben, in denen die Aufhebung der Klassenwahlen verlangt wird. Die beständige Zunahme der Betheiligung bei den Reichstagswahlen zeigt, daß man bei den Wählern Verständniß für die Vorzüge des gleichen direkten und geheimen Wahlrechts hat. Mögen Sie sich jetzt sträuben, das Dreiklassenwahlrecht wird vielleicht schneller weggeschwemmt als Sie denken. Wir werden bei der Berathung der einzelnen Bestimmungen dahin wirken, daß die Klassenunterschiede, namentlich zwischen der ersten und zweiten Klasse, beseitigt oder doch gemildert werden. Ich sehe nicht ein, weshalb Uebelstände, die allseitig anerkannt werden, bei dieser Gelegenheit nicht beseitigt werden sollen. Ich empfinde Schadenfreude darüber, daß die Minister und höheren Beamten in der dritten Klasse wählen. Aehnliche Uebelstände sind vielfach hervorgetreten, namentlich in Bezug auf äußere Dinge bei den Wahlen, z. B. in Bezug auf die Wahllokalitäten und drgl.

Abg. v. Heydebrand und der Lassa (kons.): Die Steuerreform involvirt bereits eine Verschiebung des Wahlrechts zu Gunsten der dritten Klasse. Die Hereinziehung der indirekten Steuern bei der Klassen-Eintheilung ist unmöglich. Gegen die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts werden wir entschieden ankämpfen; das Dreiklassensystem bildet den festen Wall gegen die grundstürzenden Ideen der Gegenwart. (Bravo rechts.)

Abg. Herold schließt sich den Ausführungen Bachems an.

Abg. Herrfurth (freik.): Das Dreiklassenwahlsystem festzuhalten, ist nöthig, es aufzuheben, würde ein verhängnißvoller Fehler sein. Das geheime Wahlrecht ändert zunächst an dem Wahlsystem nichts. Zu Gunsten der Minderwohlhabenden sind seit Jahrzehnten fortgesetzt Maßnahmen getroffen durch die Gesetzgebung, welche größere Lasten auf die Schulter der Wohlhabenden gelegt hat. Bedenken erregt § 2 der Vorlage, der in Fällen, wo keine Gemeindeabgaben gezahlt werden, die Grund- und Gebäudesteuer den Staatssteuern zurechnen will. Diese Fingirung ist in ihren Folgen nachtheilig und würde die Ausschließung der Gemeindesteuern räthlich erscheinen lassen. Beachtung verdienen nicht blos die Verschiebungen, welche die Steuerreform herbeigeführt, sondern auch die Verschiebungen, welche sich in den einzelnen Klassen seit Einführung des Dreiklassenwahlsystems vollzogen haben zu Ungunsten der dritten Klasse. Die Fälle sind immer zahlreicher geworden, in denen ein oder einige Wähler der ersten Klasse die Wahlmänner ernennen. Auf diese Weise entartet das Wahlrecht zu einem Ernennungsrecht. Hier wird man eine Mindestzahl von Wählern für die Klasse festsetzen müssen, etwa 5 Prozent. Auch das kommunale Wahlrecht der Aktiengesellschaften wird einer Aenderung bedürfen, denn sein Einfluß ist schon jetzt bedenklich. Der Reichstag ist eine Gefahr für das Dreiklassen-Wahlsystem, dieses aber zu festigen, das ist ein Ziel aufs innigste zu wünschen.

Abg. Dasbach (Zentrum) spricht zu Gunsten des geheimen Wahlrechts.

Abg. Dr. Gneist (nl.): Das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht eignet sich für das Reich und für die Angelegenheiten, welche die Stellung des Reiches nach außen betreffen; es eignet sich weniger für die staatlichen Angelegenheiten, wo in der Praxis immer der Grundsatz gegolten hat, daß denen, die mehr für den Staat leisten, auch eine größere Antheilnahme an der Regierung gebühre. Wir werden uns mit dem proportionalen Wahlsystem begnügen müssen, wenn es auch schlecht ist. Wir haben als staatliches Wahlrecht aber kein besseres, behalten wir es und wir werden uns bald überzeugen, daß es trotz aller Mängel noch immer das beste ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Meyer-Berlin (dfr.): Das Wahlrecht ist die konservativste Einrichtung unseres Staatslebens. Die Finanzen sind das beweglichste Element, von diesem das Wahlrecht abhängig zu machen, ist ein Widerspruch in sich selbst. Herr von Heydebrand steht auf dem Standpunkt des alten befestigten Wahlbesitzes. Er will alles beseitigen, was ihm dauernd Schaden bringt und stimmt konservativ in Bezug auf das, was seiner Partei nützt. Die geringe Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle hält er für eine Schädigung konservativer Rechte. Das erinnert an den Juden, der von einem andern alljährlich ein Geschenk erhielt, und als dieser ihm einmal nichts geben konnte und dies damit begründete, daß er Verluste gehabt habe, demselben sagte: Wie heißt, Sie spekuliren mit meinem Gelde! (Heiterkeit!) Auch die konservative Partei habe die Zölle erst in neuester Zeit als Geschenk erhalten. Wir wünschen eine Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und legen diese Sache vertrauensvoll in die Hände des Zentrums. (Heiterkeit!)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.
Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Seine Majestät der Kaiser ist heute Vormittag kurz vor ½11 Uhr mittels Sonderzuges auf der Anhalter Bahn nach Berlin zurückgekehrt. Mit dem Kaiser sind auch die Herren, welche sich auf der Reise in der Begleitung des Monarchen befunden hatten, wieder in Berlin eingetroffen. Der Monarch begab sich vom Anhalter Bahnhofe nach dem Reichskanzler-Palais und hatte daselbst eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Grafen v. Caprivi. Hierauf arbeitete der Kaiser bis zur Frühstückstafel in seinem Arbeitszimmer allein. Heute Abend gedenkt die kaiserliche Familie der Extra-Vorstellung im Zirkus Renz beizuwohnen.

— Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich nebst Prinzessin Margarethe unternahmen gestern Nachmittag wieder eine Spazierfahrt. Mittags 12½ Uhr empfing die Kaiserin Friedrich die Gemahlin des österreichisch-ungarischen Botschafters, die Gräfin Szoegyenyi, in besonderer Audienz.

— Dem Vernehmen nach werden Seine Majestät der König von Sachsen sowie Seine Majestät der König von Dänemark am 22. d. M. in Berlin eintreffen, um an den Vermählungsfeierlichkeiten theilzunehmen.

— Die Mittheilungen über das Befinden des

Präsidenten des Herrenhauses, Herzogs von Ratibor, stimmen, dem Vernehmen der „Kreuzzeitung" nach, nicht mit den thatsächlichen Verhältnissen überein. In seinem Unwohlsein ist von Anfang an eigentlich kein Wechsel eingetreten; nur an einem einzigen Tage zeigten sich Erscheinungen besonderer Art; seitdem geht die Krankheit ihren regelmäßigen günstigen Verlauf. Dieser Tage sind von ihm selbst geschriebene Briefe hier eingetroffen. Danach sind weder die Kinder des Herzogs bei ihm eingetroffen, noch ist der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, wegen der Erkrankung zu ihm gereist, sondern in geschäftlichen Angelegenheiten. Endlich ist der Kardinal Prinz Hohenlohe nicht mit der Absicht von Rom abgereist, um den Herzog aufzusuchen, sondern nur, um sich nach Wien zu begeben, wo er sich gegenwärtig aufhält.

Königsberg i. Pr., 13. Januar. (W. T. B.) Der Vorsitzende des ostpreußischen konservativen Vereins, Graf Dönhoff-Friedrichstein, und der Schriftführer haben ihre Aemter niedergelegt, weil der Antrag des Grafen Dönhoff, sich von dem Tivoli-Programm des Berliner Zentral-Vereins zu trennen, abgelehnt wurde.

Jena, 13. Januar. Der Bundesrath beschloß gestern, Sr. Majestät dem Kaiser den Geh. Justizrath Professor Thon für die freigewordene Rathsstelle am Reichsgericht vorzuschlagen.

Saarbrücken, 13. Januar. In der gestrigen Versammlung zu Bildstock, die von 8000 Personen besucht war, wurde zum Weiterstreik aufgemuntert. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die nächste Versammlung am Sonntag Mittag soll entscheiden. Heute sind 18594 Mann angefahren, 2547 mehr als gestern. Anscheinend zuverlässiger Nachricht zufolge sind die auswärtigen Bergleute seitens der Führer heute zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert worden.

Essen a. d. Ruhr, 11. Januar. (W. T. B.) Bei der heutigen Morgenschicht waren 16,500 Bergleute ausständig. Zur heutigen Morgenschicht sind voll angefahren die Belegschaften der Gruben „Amalie", „Friedrich", „Ernestine", „Königsborn" und „Tremonia".

Bildstock, 13. Januar. (W. T. B.) In der gestrigen Versammlung des Rechtsschutzvereins, welche von etwa 8000 Personen besucht war, waren die Redner im Allgemeinen bestrebt, die Versammlung zum Ausharren und zum Festhalten am Streik aufzumuntern; die vielen Abkehrscheine würden die treuen Kameraden nicht entmuthigen. Mehrere Redner, unter ihnen Mohr und Schleg, empfahlen, wenn die Abkehrscheine noch weiter, wie bisher verabfolgt würden, so sollten die Betroffenen auswandern und der Gemeinde ihre Familienangehörigen zum Unterhalte überlassen. Wo solle denn das hinaus? Was solle denn aus den abgelegten Bergleuten werden? (Rufe: Räuberbunden.) Am nächsten Sonntag findet Nachmittag um 3 Uhr wieder eine Generalversammlung für das Saarrevier im hiesigen Bergmännischen Saale statt.

Sigmaringen, 13. Januar. (W. T. B.) Gestern fand ein großer Hofball statt, dem auch der König von Rumänien und das neuvermählte Paar beiwohnten.

München, 13. Januar. Die Benutzung des bisherigen Frachtbrief-Formulares wurde unter unwesentlichen Einschränkungen bis Juli d. Js. gestattet.

Straßburg. Ueber die kirchliche Feier des Kaisersgeburtstages hat das Direktorium der Kirche Augsburgischer Konfession Folgendes verfügt: „Sämmtliche Pfarrer haben am Vorabend und am Morgen des 27. Januar, jedesmal um 6 Uhr, ein feierliches Geläute der Kirchenglocken zu veranlassen. In dem Hauptgottesdienste am 22. Januar ist in dem allgemeinen Kirchengebete bei der Fürbitte für den Kaiser auf den Geburtstag des Kaisers Bezug zu nehmen, und es wird angemessen sein, bevor das allgemeine Kirchengebet gesprochen wird, in einer Ansprache die Gemeinde auf die besondere Veranlassung der an diesem Sonntage erweiterten Fürbitte für den Kaiser hinzuweisen. Wo es von einen erheblichen Theil der Gemeindeglieder verlangt wird, hat der Pfarrer am 27. Januar selber einen besonderen Festgottesdienst zur Feier des Geburtstages des Kaisers zu veranstalten. Die kirchliche Feier des Geburtstages des Kaisers wird im Hauptgottesdienst des 15. Januar den Gemeinden zu verkündigen sein".

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Januar. Alle Blätter kommentiren die vorgestrige Rede Graf Caprivis. Bemerkenswerth ist, daß auch das Organ der Feudalen und Ultramontanen, das „Vaterland", sich zum Dreibund bekennt, dessen Charakter ein rein defensiver sei und nur ein solcher sein könne, da er Niemanden bedroht und Niemandes Rechte oder Interessen präjudizirt. Das „Vaterland" glaubt nämlich aus Graf Caprivis Aeußerungen folgern zu können, daß für die Tripel-Allianz hauptsächlich strategische Gesichtspunkte ausschlaggebend und keinerlei gegenseitige Garantirung des Besitzstandes involvirt s. i.

Frankreich.

Paris, 13. Januar. (W. T. B.) Mehrere Morgenblätter erwähnen das bereits gemeldete Gerücht, daß die bei Arton gestern mit Beschlag belegten Papiere sehr ernste Maßnahmen zur Folge haben würden.

Die am vergangenen Sonnabend verhafteten Nihilisten sind gestern in Calais zur Fahrt nach England zu Schiffe gebracht worden.

Paris, 13. Januar. Präsident Carnots Stellung erscheint erschüttert. Selbst republikanische Blätter greifen ihn an und fordern seine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter über die gegen ihn erhobenen Anklagen. Lesseps sagte kategorisch, entgegen dem Dementi des „Temps", aus, daß Herz verschiedene Summen empfing zur Unterstützung der Kandidatur Freycinets für die Präsidentschaft der Republik. Graf Caprivis Erklärungen in der Militärkommission machten hier den tiefsten Eindruck. Die Morgenblätter protestiren großtentheils gegen die darin enthaltenen Anspielungen betreffs der Möglichkeit einer Diktatur in Frankreich.

Belgien.

Antwerpen, 10. Januar. Das ist der Humor davon, wenn die Regierung eine Kommission ernannte: zwei Jahre hat diese darüber berathen, wie die Schelde eisfrei zu halten sei, und nun ist nichts gethan worden; sogar das Anerbieten, das ihr vor einiger Zeit von einem hiesigen Schlepperunternehmen gemacht wurde, hat die Regierung abgelehnt. Jetzt ist es so weit gekommen, daß nach einem Beschluß der niederländischen und belgischen Hafenbehörden Segler die Bergfahrt nur im Schlepptau, solche Segler aber, die Petroleum oder Naphta führen, überhaupt nicht mehr unternehmen dürfen. Das ist der Anfang. Hält die Kälte an, so ist der Verkehr schon in einigen Tagen aufgehoben. In Gent hofft man, daß die Schifffahrt auf dem Kanal nach Terneuzen nicht unterbrochen wird, da alle Vorkehrungen getroffen und noch gestern zwei Eisbrecher aus Holland angekommen sind. — Die Einzeichnung auf das Kapital der Ausstellungs-Gesellschaft scheint nicht recht vom Fleck zu gehen, weil diesmal merkwürdigerweise der Großhandel sich in geringem Maße betheiligt. Es werden Versammlungen veranstaltet, um zur Zeichnung aufzufordern. Die Förderer des Unternehmens haben sich mit den Personen in Beziehung gesetzt, die vor einigen Jahren das Zauberbild „Venedig in London" gezeigt hatten; man hofft, daß die Wiederholung desselben dem Besuch der hiesigen Ausstellung günstig sein wird.

Spanien und Portugal.

Der portugiesische Ministerpräsident Dias Ferreira hat, wie der „Times" aus Lissabon auf dem Drahtwege gemeldet wird, auf seinen Sitz in der Deputirtenkammer verzichtet. Dias Ferreira war bei den letzten Kammerwahlen in dem durch viele Jahre behaupteten Bezirke Aveiro durchgefallen und hierauf in Penacova gewählt worden. Die Gründe seiner Mandatsniederlegung sind unbekannt und die Lissaboner Blätter ergehen sich in den verschiedensten Vermuthungen, unter denen die Ansicht, daß Dias Ferreira sich mit dem Plane der Auflösung der Kammer trage, die bemerkenswertheste ist. Die letzten allgemeinen Wahlen haben der ministeriellen Partei schwere Verluste gebracht, die Zahl der „Progessisten" in der Kammer verstärkt. Dias Ferreira traf ein Abkommen mit den Progessisten, das ihm die Fortdauer seiner Macht sicherte. Nun steht die Kammer vor der Berathung der neuen Finanzvorschläge des portugiesischen Ministeriums und es scheint, daß Dias Ferreira befürchtet, die portugiesischen Volksvertreter werden seine Finanzpläne, deren Inhalt noch unbekannt ist, ungünstig aufnehmen und ihn zu einem neuen Appell an das Land nöthigen. Ernste Schwierigkeiten bereitet dem Ministerium der Finanzskandal bei der Verwaltung der königl. Eisenbahnen, über den wir bereits kurz berichtet haben. Neuere Meldungen besagen, die Untersuchung habe ergeben, daß große Summen — man spricht von 30 Millionen Mark — auf räthselhafte Weise verschwunden seien. Durch die bevorstehenden Enthüllungen soll eine Reihe portugiesischer Staatsmänner bloßgestellt werden. Der Führer einer politischen Partei soll 100 Contos Reis erhalten und für Wahlzwecke verwendet haben. Ein Panama im Kleinen.

Großbritannien und Irland.

London, 9. Januar. Sir West Ridgeway, der in den letzten Tagen mit Lord Rosebery in London konferirt hat, ist nach Dublin zurückgereist, um seine laufenden Geschäfte vor dem Antritt seiner Mission nach Marokko zum Abschluß zu bringen. Trotzdem Sir West Ridgeway vorläufig nur auf sechs Monate von seinem Posten als irischer Unterstaatssekretär beurlaubt worden ist, gilt in Regierungskreisen seine Rückkehr nach Irland nach Beendigung seiner diplomatischen Mission für höchst unwahrscheinlich, wenigstens so lange, als die Gladstonesche Partei am Ruder ist. Viele wollen in Sir West Ridgeway, dessen hervorragende diplomatische Begabung von Liberalen wie Konservativen in gleicher Weise anerkannt wird, einen zukünftigen Vizekönig von Indien sehen, obwohl bisher meist hervorragende Parteistellung ein Anrecht auf diesen hohen Posten gewährte. Jedenfalls ist der Rücktritt des gegenwärtigen Vizekönigs von Indien, des Marquis of Lansdowne, der am 10. Dezember 1888 noch unter der Salisburyschen Regierung sein Amt antrat, für eine nicht allzu fernere Zukunft zu erwarten. Lord Cromer, der großbritannische Bevollmächtigte in Egypten und frühere indische Finanzminister (unter dem Namen Sir Evelyn Baring) wird als nächster Nachfolger des Marquis of Lansdowne bezeichnet. Sollte der Wechsel vollzogen werden, so würde für Sir West Ridgeway in Kairo der geeignete Posten frei werden. Beiläufig sei erwähnt, daß der großbritannische Agent, Generalkonsul und bevollmächtigte Minister in Egypten, wie sein vollständiger Titel lautet, das anständige Jahresgehalt von 120,000 Mark, also 20,000 Mark mehr als der englische Premierminister bezieht.

Das Verhältniß Englands zum Emir von Afghanistan läßt viel zu wünschen übrig, und in Londoner politischen Kreisen wird die gegenwärtige Lage in Zentralasien als ziemlich gespannt angesehen. Besonders haben die Verständigungsversuche des Emirs mit Rußland, die Entsendung eines Agenten durch Kaschgarien zu den russischen Posten am Oxus Befürchtungen erregt. Trotzdem muß eine Meldung, die der „Pol. Korr." aus London zugeht, Befremden erregen, denn sie würde einem förmlichen Ultimatum an Afghanistan gleichkommen. Die anglo-indische Regierung hat — so wird behauptet — den Emir Abdurrhaman verständigen lassen, daß England, falls er sich weigern sollte, die nach Kabul zu entsendende britische Mission zu empfangen, Kandahar besetzen und jene Stämme, die sich der Anerkennung der Herrschaft des Emirs widersetzen, unter seinen Schutz nehmen werde. Die erwähnte Mission wird nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, dem General Roberts, sondern einer anderen Persönlichkeit anvertraut werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Januar. In dem dritten Verzeichniß der bei dem Reichstag eingegangenen Petitionen befinden sich folgende aus Pommern: Zimmerer C. Hellmut Schwarz und Genossen aus Stettin bitten um Aufhebung des Impf-Gesetzes event. Beseitigung des Impfzwanges, der Hauptverein der pommerschen ökonomischen Gesellschaft zu Köslin um Erlaß von Maßregeln zur Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche. Rittergutspächter H. Dudy zu Leine bei Pyritz um Rückerstattung von Branntweinsteuer, Kriegsinvalide H. Stuht zu Lassan um Aufbesserung der Pensionen der in Folge innerer Leiden gänzlich erwerbsunfähigen Invaliden aus dem Kriege 1870—71. Die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin um Abänderung des Zolltarifgesetzes dahin, daß bei der Ausfuhr von Getreide oder Mehl aus dem freien Verkehr die zollfreie Einfuhr der entsprechenden Menge derselben Getreideart gestattet werde, der Vorstand des Vereins der Spritfabrikanten Deutschlands zu Stettin um Rückzahlung der bis zum 1. Juli 1891 für die steueramtliche Beaufsichtigung der Branntweinreinigungsanstalten gezahlten Verwaltungskosten, die Gast- und Schankwirthvereine zu Greifswald, Stettin und Stralsund, sowie verschiedene Petenten aus Demmin, Labes, Kammin, Belgard a. d. P., Rügenwalde, Schlawe, Stralsund, Stettin und Barth um Ablehnung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer.

— Wir erhalten folgende Zuschrift aus dem Leserkreise: Ueber die Kälte im Stadttheater ist s. Z. schon in Ihrem Blatte berichtet worden, es scheint dies aber noch keinen Erfolg gehabt zu haben, denn Donnerstag Abend herrschte wieder in den Räumen des Theaters eine derartige Kälte, daß die Zuschauer sich genöthigt sahen, sich in ihre Wintermäntel resp. Pelze zu hüllen. Es war allgemein nur eine Stimme der Entrüstung, daß dem Publikum zugemuthet wurde, drei Stunden in einer solchen Temperatur sitzen zu müssen, und scheint es doch wahrlich im Interesse der Direktion zu liegen, sofort Abhülfe zu schaffen, um nicht das Publikum gänzlich zu verscheuchen. Vor Allem zu bedauern sind dabei die Künstler, die häufig in Trikot-Kostümen auftreten müssen und in Folge dessen der Unbill der Stadttheatertemperatur am meisten ausgesetzt sind. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß es nicht bei leeren Versprechungen bleibt, sondern hierin wirklich eine baldige Aenderung eintritt.

— In den Buchhandlungen von Saunier und Dannenberg sind nachträglich noch eine Anzahl nummerirte Billets für das am 18. Januar in den Zentralhallen stattfindende Kyffhäuser-Konzert zu haben. Diese Mittheilung dürfte für die von Interesse sein, welche bisher keine Billets erhalten konnten.

* Die gestrige Sitzung des Schwurgerichts beschäftigte sich mit einer Anklage wegen Meineids gegen den Schneider Karl August Franz Schneider aus Blumenhagen. Derselbe wurde am 19. Januar v. Js. vor der 1. Strafkammer hiesigen Landgerichts in einer Strafsache wider den Maurer Franz Luplow als Zenge vernommen und sollte dabei unter Berufung auf einen bereits geleisteten Eid falsche Thatsachen bekundet haben. Der Angeklagte hielt gestern die betreffende Aussage in allen Punkten aufrecht und versuchte die Zeugenaussagen durch eine Fluth von Beweisanträgen zu entkräften, was ihm jedoch nicht gelang. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig des wissentlichen Meineids und lautete das Urtheil auf 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Verhandlung endete nach 8 Uhr.

* Auf dem hiesigen städtischen Schlachthofe wurden im letzten Vierteljahre 1892 geschlachtet 2113 Rinder, 2290 Kälber, 4215 Hammel, 7176 Schweine und 96 Pferde. Davon wurden 44 ganze Thiere beanstandet, und zwar 23 Rinder, 4 Kälber, 1 Hammel, 15 Schweine und 1 Pferd. Unter den von auswärts eingeführten Thieren wurden beanstandet 2 Rinder und 2 Kälber. Die Ausschließung erfolgte wegen: Tuberkulose bei 22 Rindern und 5 Schweinen, Finnen bei 1 Rind und 3 Schweinen, Trichinen bei 2 Schweinen, im Uebrigen wegen Entzündungen oder ekelerregender Beschaffenheit des Fleisches. Das Fleisch der zurückgewiesenen Thiere wurde mit Karbolsäure übergossen und an die Abdeckerei gegeben. Von 1313 hier geschlachteten, sowie von 190 eingeführten Thieren wurden innere Organe ganz oder theilweise beanstandet.

Vermischte Nachrichten.

Unter den vielen Seifen, welche jetzt in den Handel gebracht worden sind, ist es die von der Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund in Dresden fabrizirte „Pfund's Milch-Seife", welche besondere Erwähnung in unserem Blatte verdient. Aus reiner Kuhmilch hauptsächlich hergestellt, ist sie von brauner Naturfarbe, schäumt sehr leicht und übt einen außerordentlich wohlthuenden Einfluß auf die Haut aus, welche sie weich und zart macht. Pfund's Milch-Seife ist aber nicht blos eine herrliche Toiletteseife, sondern hat auch einen medizinischen Werth, denn sie macht selbst die sprödeste Haut geschmeidig. Besonders ist dies in jetziger Jahreszeit sehr von Vortheil. Alsdann ist sie ein vortreffliches Mittel gegen Unreinheiten der Haut, als Finnen, Mitesser, Flechten 2c. Der Preis ist ein sehr mäßiger.

Palermo. Der gewaltige Ausbruch des Aetna, welcher am 8. Juli v. J. seinen Anfang nahm, hat am 29. Dezember sein Ende gefunden. Am 23. Dezember war nochmals eine erhöhte Thätigkeit des Vulkans mit neuen Lavaausbrüchen und unterirdischem Donnern zu verspüren, so daß man befürchtete, die Schrecknisse vom Juli und August würden sich wiederholen. Aber am Morgen des 29. Dezember blieb mit einem Schlage das ganze vulkanische Getriebe stehen. Die Lava hörte auf zu fließen, die Rauchwolken der Krater verschwanden, von einem Zittern des Bodens und unterirdischem Rollen wurde nichts mehr bemerkt. Nun liegt auf den Kratern und den erkalteten Lavaströmen eine hohe Schneedecke. Der Ausbruch des Vulkans hat 173 Tage angehalten und ist der Dauer nach der zweitgrößte, welcher bisher beobachtet wurde. Den Schaden, welchen die Lavaströme angerichtet haben, schätzt man auf etwa eine halbe Million.

Viehmarkt.

Berlin, 13. Januar. (Städtischer Zentral-Viehhof.) [Amtlicher Bericht der Direktion.] Zu Markt standen: 463 Rinder, 2861 Schweine (dabei 994 Bakonier), 476 Kälber.

Der **Rinder**auftrieb, ausschließlich geringere Waare, wurde bis auf ca. 100 Stück zu Montagspreisen geräumt.

Die Preise für inländische **Schweine** hielten sich leicht auf der Höhe derer des letzten Montags. Der Markt wurde schnell geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 58 Mark, ausgesuchte Posten darüber, 2. Qualität 55—57 Mark, 3. Qualität 52 bis 54 Mark für 100 Pfund mit 20 Prozent Tara. Bakonier zogen ebenfalls im Preise an, hinterließen aber etwas Ueberstand. Man zahlte 48—50 Mark für 100 Pfund mit 50—55 Pfund Tara aufs Stück.

Der **Kälbermarkt** wurde bei dem geringen Auftriebe glatt zu gehobenen Preisen geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 62—67 Mark, ausgesuchte Waare darüber, 2. Qualität 55—60 Mark, 3. Qualität 40—50 Pf. für 1 Pfund Fleischgewicht.

Hammel waren nicht angeboten.

Börsen-Berichte.

Posen, 13. Januar. Spiritus loko ohne Faß 50er 50,10, do. 70er 30,60. Fest. — Wetter: Kalt.

Köln, 13. Januar, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 15,75, do. fremder loko 17,25, per März 16,85, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,50, do. fremder loko 15,75, per März 14,75, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, do. fremder —,—. Rüböl loko 54,00, per Mai 52,00. — Wetter: Frost.

Magdeburg, 13. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker exkl., von 92 Prozent 14,80. Kornzucker exkl. 88 Prozent Rendement 14,15. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement 11,80. Fest. — Brod-Raffinade I. 27,75. Brod-Raffinade II. 27,50. Gemahlene Raffinade mit Faß 28,00. Gem. Melis I. mit Faß 26,25. Ruhig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Januar 14,20 G., 14,22½ B., per Februar 14,25 G., 14,30 B., per März 14,32½ G., 14,35 B., per April 14,37½ G., 14,40 B. Still.

Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 202,000 Zentner.

Hamburg, 13. Januar. Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Januar 81,00, per März 79,00, per Mai 77,25, per September 77,25. — Ruhig.

Hamburg, 13. Januar. Vorm. 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,20, per März 14,35, per Mai 14,47½, per September 14,35. — Stetig.

Pest, 13. Januar, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 7,41 G., 7,43 B., per Herbst 7,52 G., 7,54 B. Hafer per Frühjahr 5,44 G., 5,46 B. Mais per Mai-Juni 4,68 G., 4,69 B. Kohlraps per August-September 11,35 G., 11,40 B. — Wetter: Kalt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 13. Januar. Das „Wiener Tagblatt" behauptet, daß zwischen Rußland und Frankreich im November 1892 Verhandlungen wegen Abschlusses einer Militärkonvention stattgefunden hätten und zwar auf folgender Grundlage: „Falls Rußland oder Frankreich von Deutschland und seinen Verbündeten angegriffen werde, verpflichte sich der nicht direkt angegriffene Theil, binnen sechs Wochen 600000 Mann, um binnen ferneren drei Wochen weitere 600000 Mann zu mobilisiren. Beide Mächte verpflichteten sich dahin, daß keine ohne die andere Frieden schließen würde. Das „Tagblatt" fügt dieser Meldung hinzu, es sei Geheimniß geblieben, ob die Militärkonvention durch formelle Unterzeichnung eines Aktes abgeschlossen worden sei, oder ob blos ein Protokoll aufgesetzt wurde, worin nicht von Vereinbarungen, sondern nur von leitenden Gesichtspunkten die Rede ist.

Wien, 13. Januar. „Magyar Hirlap" meldet auf Grund amtlicher Daten, daß im Jahre 1892 in der Hauptstadt allein 2310 Fälle von Diphtheritis vorkamen, von denen 695 tödtlich verliefen. In 25 Komitaten und der Hauptstadt Pest sind im verflossenen Jahre zusammen 23670 Erkrankungen und 9137 Todesfälle vorgekommen. Das genannte Blatt verlangt von der Regierung radikale Maßnahmen gegen die tückische Krankheit.

Lemberg, 13. Januar. Polnische Blätter äußern sich ausnahmslos aufs schärfste über die verfügte Beschränkung des polnischen Sprachunterrichts in der Provinz Posen. Der „Czas" betont, daß derartige Maßregeln das Nationalbewußtsein der Polen, sowie deren Gefühle für nationale Selbstständigkeit und geschichtliche Traditionen schwerlich ersticken werden, zumal die Widerstandsfähigkeit der Polen gegen die Germanisirungsbestrebungen sich im Laufe der Zeit nur noch gesteigert haben.

Letzte Nachrichten.

Paris, 13. Januar. Panama-Prozeß. Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung wurde der Vorstand der Buchhalterei der Panama-Gesellschaft, Hieronymus, über die Bons ohne Namen vernommen. Hieronymus erklärte trotz der Vorhaltungen des Präsidenten und des Staatsanwaltes, die Namen der Empfänger dieser Bons nicht angeben zu können. Nach dem Verhör zweier anderen Beamten der Panama-Gesellschaft, welche aussagten, sie könnten über die auf Inhaber lautenden Bons keine Auskunft geben, wurde der Finanzier Hugo Oberndörffer vernommen. Derselbe erklärte, er habe für seine Betheiligung an dem Syndikat 1600000 Franks und dafür, daß er der Gesellschaft die Idee der Loos-Obligationen lieferte, 2 Millonen erhalten.

Paris, 13. Januar. Panama-Prozeß. Der ehemalige Generalsekretär der Panama-Gesellschaft, Martin, welcher sodann vernommen wurde, erklärte trotz lebhaften Widerspruchs von Seiten Lesseps, er habe seine Entlassung eingereicht, weil er bemerkt habe, daß der Vertrag mit einem Unternehmer gefälscht wurde, um Baron Reinach Gelder zu überweisen.

Das Zeugenverhör ist nunmehr beendet. Der Präsident ersuchte Charles Lesseps, den Namen des Journalisten zu nennen, welcher 50,000 Franks in Bons ohne Namen erhalten habe. Lesseps nannte hierauf Arthur Meyer, den Direktor des „Gaulois". Der Sachverständige Flory fügte hinzu, Meyer habe nochmals einen Bons von derselben Höhe erhalten. Hiermit schloß die Sitzung; die nächste Sitzung ist auf Dienstag anberaumt.

Manchester, 12. Januar, Abends. Die heute stattgehabte Konferenz von Arbeitgebern mit den Delegirten der streikenden Spinner blieb erfolglos, da beide Theile ihre früheren Forderungen aufrecht halten. Die Konferenz beschloß indessen, während der Dauer des Konfliktes alle 14 Tage wieder zusammenzutreten. Die Noth nimmt in Folge des Ausstandes in erschreckendem Maße zu. Die Armenasyle sind mit Ausständigen angefüllt.

San Francisco, 12. Januar. Der „Courrier de Japan" meldet: Eine furchtbare Feuersbrunst fand am 20. Dezember v. J. in Osaka statt. Das Feuer brach in einer Spinnerei aus und dehnte sich von dort auf die benachbarten Gebäude aus. Ehe man des Feuers Herr wurde, waren bereits 250 Gebäude zerstört; 125 Personen kamen ums Leben, darunter meist junge Mädchen, welche in der Spinnerei beschäftigt gewesen waren.

Der Kaiser von Japan, welcher in der letzten Zeit leidend war, ist jetzt wieder vollständig hergestellt. Der Thronfolger ist noch leidend.

Berlin, den 13. Januar 1893.

Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.

Deutsche R.-Anl.	4%	107,20B	Schl.-Hlst. Pfdbr.	3½%	96,90G
do.	3½%	100,20G	Westfälische do.	4%	103,00G
Pr. Consol. Anl.	4%	107,10B	do. do.	3½%	—,—
do.	3½%	100,75G	Westpr. rittersch.	3½%	97,00bG
Preuß. St.-Anl.	4%	102,40bG	Hannover Rtbr.	4%	—,—
do.	4%	—,—	Kur- u. Neumärk	4%	103,10b
Pr. Staatsschuld.	3½%	100,00G	Lauenburg. Rtbr.	4%	103,00b
Berl. Stadt-Obl.	3½%	98,00b	Pommersche do.	4%	103,00b
do.	3½%	—,—	do. do.	3½%	98,80b
do. neue	3½%	—,—	Posensche do.	4%	102,90b
Westpr. Pr.-Obl.	3½%	96,10G	Preußische do.	4%	102,90b
Berliner Pfdbr.	5%	115,20b	Rh. u. Westf. do.	4%	103,30G
do.	4½%	109,00G	Sächsische do.	4%	103,2 G
do.	4%	104,70G	Schlesische do.	4%	103,00B
do.	3½%	99,00bG	Schl.-Holst. do.	4%	102,90b
Kur- u. Neumärk.	3½%	99,50b	Badische 4% Eisen-		
do. neue	3½%	98,00b	bahn-Anleihe	4%	104,30G
do.	4%	—,—	Baierische Anl.	4%	106,80G
Landsch. C.-Pfdbr.	4%	—,—	Hamburg. Staats-		
do.	3½%	97,90b	Anleihe v. 1886	3%	85,10G
do.	3%	86,10B	Hamburg. Rente	3½%	97,70B
Ostpreuß. Pfdbr.	3½%	96,60b	do. amort.		
Pommersche do.	3½%	97,80b	Staats-Anleihe	3½%	97,30G
do. do.	4%	103.25G	Pr. Präm.-Anl.	3½%	134,00G
Posensche do.	4%	101,90B	Baier. Präm.-Anl	4%	143,10G
do. do.	3½%	97,00B	Cöln-Mind. Pr.-A.	3½%	132,60b
Sächsische do.	4%	102,90B	Meininger 7 Guld.-		
Schl.-Holst. do.	4%	102,80G	Loose	—	28,60B

Bergwerk- und Hüttengesellschaften.

Berzelius Bergw.	12%	121,80b	Hörder Bergwerk	—	9,00bB
Bochum. Bgw. A.	—	38,00bG	do. conv.	—	14,50bG
do. Gußstahl	—	116,75bG	do. St.-Pr.	—	3 00 B
Bonifacius	13½%	95,90b	Hugo	10%	93,90bG
Borussia Bergw.	—	—,—	Laurahütte	—	95,30bG
Donnersmarckh.	6%	80,00G	Louise Tiefbau	—	64,90B
Dortmunder St.-			Märk.-Westf.	—	191,50bG
Pr. L. A.	6%	56,00B	Oberschles.	2	47,25bB
Gelsenkirchener	12%	137,70b	Stolberg-Zink-H.	2	37,60b
Harkort Bergw.	—	122,50B	do. St.-Pr.	7	105,50b
Hibernia	12%	111,60bG			

Fremde Fonds.

Argentinische Anl.	5%	44,00bG	Russ. co. Anl. 1871	5%	—,—
Bukarest. Stadt-A.	5%	96,50G	do. 1872	5%	—,—
Buen.-Aires Gld.-			do. 1880	4%	95,80b
Anleihe	5%	36,30bG	do. 1887	4%	—,—
Italienische Rente	5%	91 70b	do. Goldrente	6%	103,50G
Mexican. Anle he	6%	78,80b	do. 1884 stpfl.	5%	104,70B
do. 20 L. St.	6%	83,00b	do. (2 Orient) 1878	5%	65,50b
Newy. Stadt-Anl.	7%	—,—	do. Präm.-A. 1864	5%	157 50b
do.	6%	—,—	do. do. 1866	5%	142,00G
Oesterr. Gold-R.	4%	98,50B	do. Bodencr. neue	4½%	99,80bG
do. Papier-R.	4⅕%	82,80b	Serb. Gold-Pfdb.	5%	84,00bG
do. do.	5%	85,00G	do. Rente	5%	77,25bG
Oesterr. Silber-R.	4⅕%	82,60G	do. do. neue	5%	77,00bG
Oest. 250 Fl. 1854	4%	—,—	Ungarische Gold-		
do. Cred. 100 1858	—	—,—	Rente	4%	96,50b
do. 1860er Loose	5%	129,10bG	Ungarische Papier-		
do. 1864er Loose	—	—,—	Rente	5%	85,40bG
Rum. St.-A.-Obl.	5%	102,25b			
Rum. St.-A.-Obl.	5%	102,25b			
do. amortb.	5%	97,25b			

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Eutin-Lübeck	4%	43,50G	Dux-Bodenbach	4%	220,10b
Frankf.-Güterb.	4%	64,00B	Gal. Carl-Ludwig	4%	92,50B
Lübeck-Büchen	4%	143,50G	Gotthardbahn	4%	157,25bG
Mainz-Ludwigh.	4%	114,00b	St. Mittelm.-B.	4%	100,60b
Marb.-Mlawka	4%	62,75b	Kursk-Kiew	5%	—,—
Meckl. Fr.-Franz	4%	—,—	Moskau-Brest	3%	66,80G
Niederschl.-Märk.			Oestr. Frz.-Stsb.	4%	—,—
Staats-Bahn	4%	102,00B	do. Nordwestb.	5%	—,—
Ostpr. Südbahn	4%	73,10b	do. Lit. B Elbth.	4%	100,25b
Saalbahn	4%	25,30bG	Südöster. (Lomb.)	4%	43,00b
Stargard-Posen	4½%	102,30b	Warschau-Ter.	5%	—,—
Amsterd.-Rottd.	4%	105,75b	do. Wien	4%	201,20bG
Baltische Eisenb.	3%	—,—			

Versicherungs-Gesellschaften.

Aachen-Münch.	450	—,—	Germania	40	—,—
Berliner Feuer.	158	—,—	Magdeb. Feuer	206	3740,00B
do. Ld. u. W. T.	120	—,—	do. Rückv.	45	897,00B
do. Leben	172½	—,—	Preuß. Leben	37,5	685,00G
Colonia, Feuerv.	400	—,—	Pr. Nat.-V. St.	66	830,00G
Concordia, L.	45	—,—	Providentia	45	—,—
Elberfeld, F.	270	6200,00B	Thuringia	240	3910,00bB

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Bergisch-Märkisch			Gr. Russ. Eisenb.	3%	—,—
3 A. B.	3½%	99,30bG	Jelez-Orel	5%	—,—
Cöln-Mind. 4. Em.	4%	—,—	Jelez-Woronesch	4%	—,—
do. 7. Em.	4%	—,—	Iwangorod-		
Magdb.-Halbst. 73	4%	—,—	Dombrowo	4½%	100,30G
do. Leipzig Lit. A.	4%	—,—	Koslow-Woronesch		
do. Lit. B.	4%	—,—	gar.	4%	91,10bG
Oberschles. Lit. D.	3½%	—,—	Kursk-Charkow	4%	91,20bG
do. Lit. D.	4%	—,—	do. Charkow-Asow		
Stargard-Posen	4%	101 70b	Oblig.	4%	91,30b
Saalbahn	3½%	94,50b	Kursk-Kiew gar.	4%	92,40bG
Gal. Carl-Ludwig	4½%	81,90G	Losowo-Sewastop.	5%	96,30B
Gotthardb. 4. Ser.	4%	104,20bG	Mosco-Rjäsan	4%	93,00G
do. conv.	5%	— —	do Smolensk	5%	101,50bG
Kronprinz-Rudolf-			Orel-Griasy		
bahn	4%	82,25bG	(Oblig.)	4%	91,10b
Kronprinz-Salz-			Rjäsan-Koslow	4%	92,40b
kammergut	4%	101,00B	Rjaschk-Morczansk		
Oest. Franz-Stb.			gar.	5%	100,60bG
alte gar.	3%	81,60bG	Rybinsk-Bologye	5%	—,—
Oest. Franz-Stb.			Schuja-Iwanowo	5%	—,—
1885 gar.	3%	79,20bG	Russ. Südwest-		
Oest. Ergänzungs-			bahn gar.	4%	94,30G
netz gar.	3%	79,2 G	Transkaukasische	3%	78,10bG
Oest. Franz-Stsb.	5%	108,50b	Warschau-Teres-		
do. Gold-Pr.	4%	101 10B	pol	5%	101,50bG
Südösterr. Bahn			Warschau-Wien		
(Lom.)	3%	63,50b	2. Emission	4%	97,00bG
Ungarische Ostb.			Wladikawkas	4%	93,50G
1 (Staatsobl.)	5%	—,—	Zarskoe-Selo	5%	—,—
do. do. g.	5%	—,—	Northern Pacific I.	6%	110,10b
Brest-Grajewo	5%	—,—	Oregon Railway		
Charkow-Asow g.	5%	—,—	Nav.	5%	92,00B
do. Livr.-Sterl.	5%	—,—			
Chark.-Krementsch	5%	—,—			
do. Livr.-Sterl.	5%	—,—			

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Altdamm-Colberg	4½%	112,50bB
Marb-Mlawka	5%	107,40G
Ostpreußische Südbahn	5%	106,00b

Hypotheken-Certificate.

Dtsch. Grund-Pfd.			Pr. B. Cr. Ser 8.		
3. abg.	3½%	98,90B	9. (rz. 100)	4%	100,90bB
Dtsch. Grund-Pfd.			do. Ser. 12. (rz. 100)	4%	101,20G
4. abg.	3½%	98,90B	Pr. Centrb.-Pfdb.		
Dtsch. Grund-Pfd.			(rz. 110)	5%	—,—
5. abg.	3½%	93,75B	do. (rz. 110)	4½%	—,—
Dtsch. Grundsch.-			do. (rz. 100)	4%	101,50G
Real-Oblig.	4%	102,00bG	do.	3½%	95,40bG
Dtsch. Hyp.-B.-Pf.			do. Com.-Obl.	3½%	95,20G
4. 5. 6.	5%	113,00G	Pr. Hyp.-A.-B. 1.		
do.	4%	102,30bG	(rz. 120)	4½%	—,—
do. conv.	4%	102,30bG	do. 6. (rz. 110)	5%	—,—
Hamb. Hyp.-Pfdb.			do. div. Ser.		
(rz. 100)	4½%	—,—	(rz. 100)	4%	102,30bG
do.	3½%	94,90b	do. (rz. 100)	3½%	97,20bG
Pomm. Hyp.-B. 1			Pr. Hyp.-Vers.		
(rz. 120)	5%	—,—	Certific.	4½%	—,—
Pomm. 3. u. 4.			do.	4%	102,20bG
(rz. 100)	4%	102,30bG	Rhein. Hypoth.-		
Pomm. 5. u. 6.			Pfdbr. (kdb. 90)	4%	—,—
(rz. 100)	4%	102,30bG	Stett. Nat.-Hyp.-		
Pr. B.-C. unkündb.			Cr.-G.	5%	—,—
(rz. 110)	5%	113,50G	do. (rz. 110)	4½%	105,25G
do. Ser. 3. 5. 6.			do. (rz. 110)	4%	101,50G
(rz. 100)	5%	108,00G	do. (rz. 100)	4%	100,75bG

Bank-Papiere.

	Div. v. 1892.			Div. v. 1892.	
B. f. Sprit u. Prod.	3%	65,50G	Dtsch. Genossensch.	6%	116,00B
Berl. Cassen-Ver.	6%	124,60G	Disc.-Command.	8%	185,50b
do. Handelsges.	7½%	141,00bG	Dresdener Bank	7%	143,00b
do. Prod u. Hdl.	—	—,—	Nationalbank	6½%	116,20b
Bresl. Disc.-Bank	4½%	95,75G	Pomm. Hyp. con.	6%	113,25G
Darmstädter Bank	5⅓%	—,—	Pr. Centr.-Bod.	9½%	157,00G
Deutsche Bank	9%	159,00b	Reichsbank	8½%	147,30bG

Gold- und Papiergeld.

Dukaten per Stück	9,60B	Engl. Banknoten	20,33G
Souvereigns	20,32G	Franz. Banknoten	81,10G
20 Francs per Stück	16,195G	Oesterr. Banknoten	168,75b
Dollars	4.1825G	Russische Noten	206,50b

Industrie-Papiere.

Adler Brauerei	—	—,—	Danz. Oelmühle	—	85,00G
Ahrens do.	—	51,25bG	Dessauer Gas	10%	165,00G
Böhmisches do.	12%	214,00bB	Dynamite Trust	9%	134,00G
Bock do.	—	42,75b	Harb. Wien Gum.	—	252,50G
Bolle do.	6%	70,00G	L. Löwe u. Co.	18%	213,00B
Landré do.	—	130,00B	Magdb. Gas-Ges.	4½%	93,25G
Bredower Zuckerf.	—	55,00bB	Maschinenfabr. Görl. (conv.)	—	118,50G
Chem. Fabriken Heinrichshall	5%	—,—	do. (Lüd rs)	—	128,75bG
Leopoldshall	—	76,25bG	Grusonwerke	—	179,75bG
Oranienburg	7½%	80,00G	Hallesche	35%	246,80G
do. St.-Pr.	7½%	—,—	Hartmann	—	131,40b
Schering	13%	257,25G	Pomm. conv.	6%	63,25G
Staßfurter	—	139,60bG	Schwartzkopf	—	235,50bG
Union	10%	125,20b	St. Vulc. L. B.	9%	107,40B
Brauerei Elysium	3%	—,—	Nordd. Lloyd	—	98,40b
Möller u. Holberg	6%	72,50bG	Wilhelmshütte	2½%	56,50G
P. Chem.-Pr.-F.	10%	—,—	Siem. Glas-Ind.	11%	151,50bG
P. Prov. Zuckers.	20%	—,—	St.-B. Cementf.	4%	91,90b
St. Ch.-F. v. Did.	30%	194,75G	Stralf. Spielkart.	—	105,00G
St. Walzm.-Act.	30%	—,—	Gr. Pferdeb.-G.	12½%	213,90b
St. Bergschl.-Br	14%	—,—	Carlsr. Pferdeb.	—	73,00B
St. Dampf.-A.-G.	13½%	—,—	Stett. Pferdeb.	2½%	—,—
Papierf. Hohenk.	4%	—,—	N. St. Dampf.-C.	2%	72,00G

Bank-Discont.

Reichsbank 4, Lombard 4½ u. 5. Privatdiscont 1¾ G

Wechsel-Cours vom 13. Januar.

Amsterdam 8 Tage	2½%	168,75b
do. 2 Monate	2½%	168,15b
Belgische Plätze 8 Tage	3½%	81,00B
do. 2 Monate	3½%	80,75b
London 8 Tage	2½%	20,345b
do. 3 Monate	2½%	20,285b
Paris 8 Tage	3%	81,10bB
do. 2 Monate	3%	80,75G
Wien Oesterr. W. 8 Tage	4½%	168,75b
do. 2 Monate	5½%	168,15b
Schweizerische Plätze 10 Tage	4%	81,00b
Italienische Plätze 10 Tage	5½%	77,80bB
Petersburg 3 Wochen	6%	[illegible]
do. 3 Monate	6%	203,00b
Warschau 8 Tage	6%	204,25b

Aus zwei Kreisen.

Preisgekrönter Roman (Warschauer Courier) v. Anatol Krzyzanowski.

Autorisirte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruh?.

Nachdruck verboten.

35)

Die heutige Metamorphose des jungen, schönen Mädchens, welches sich in eine Ballkönigin voll schelmischen Lächelns und kindlicher Neckereien verwandelt hatte, rief eine kleine Wolke des Unmuthes auf Jerzy's Stirne hervor. Während er zu dieser wunderbaren, von poetischem Zauber umflossenen Mädchenblume hinüberschaute, fühlte er sein Herz von neuem gepeinigt. Am liebsten hätte er sie an sich gezogen und wäre mit ihr geflohen, um sie den Blicken der Welt zu entziehen. Aber wo sollte er sie verbergen? Vielleicht in Kalina? Wie hätte sich wohl das von Seide und Diamanten strahlende Edelfräulein in dem kleinen, bescheidenen Stübchen ausgenommen! Ein tiefer Seufzer und ein bitteres Lachen entflohen den Lippen des jungen Mannes. Seine Ehre, seine Pflicht, sein Schwur, alles flog durch sein Hirn, und um nicht seiner eigenen Schwäche zu erliegen, wollte er sich heute möglichst fern von Terenia aufhalten, wobei ihm die große Gesellschaft mit ihren vielen Zerstreuungen sehr zu Statten kam. Auch dachte er, sie würde im Strudel der Vergnügungen gar nicht an ihn denken. Inzwischen tanzte und plauderte er viel mit anderen Damen, und nur verstohlen suchten seine Augen die schwarzäugige Lichtgestalt seines Herzens.

Mitternacht war schon vorüber, die zweite Quadrille neigte dem Ende zu, und Jerzy hatte sich als Zuschauer in eine Fensternische zurückgezogen, wo er die Tanzenden überblicken konnte ohne selbst gesehen zu werden, da ihn die Portieren verhüllten. Terenia unterhielt sich gerade in scherzhafter Weise mit Kruzenberg; ihre schwarzen Augen schauten ihn freundlich an, und der Geldbaron schien sich vortrefflich zu amüsiren. Jerzy ärgerte sich über ihre lange Unterhaltung; er war so verbittert, daß er nicht einmal bemerkte, wie die Quadrille bereits zu Ende war, und die einzelnen Paare auf ihre Plätze zurückkehrten.

„Jetzt werde ich armer Sterblicher wieder in die Unterwelt verbannt!" hörte er den Baron soeben lächelnd zu seiner Tänzerin sagen.

„Warum denn aber so tief?" lachte sie fröhlich.

„Ein altes persisches Sprichwort lautet: „Die Schönheit der Frauen sind Strahlen Gottes." Wenn mir also diese glänzenden Strahlen entschwinden . . ."

„Dann ruhen Sie Ihre Augen, welche der helle Glanz etwas geblendet haben wird, nur ein wenig aus, Herr Baron!" fiel sie ihm schnell in's Wort.

„Mit leichtem, freundlichem Kopfneigen verabschiedete sie Kruzenberg, schlug die Portière zurück und stand plötzlich vor Jerzy. Sie blickten einander tief in die Augen. Der junge Mann erbebte und ließ schuldbewußt sein Haupt auf die Brust sinken. Aufmerksam betrachtete Terenia mehrere Sekunden hindurch sein verstörtes Gesicht, dann stampfte sie mit ihrem weißen Atlasschuh mehrmals leicht den Fußboden.

„Was thun Sie hier?" fragte sie. „Sie meinen wohl, daß die Portiere, hinter welcher Sie stehen, den Misanthropen den Blicken der ganzen Welt entzieht? Ich glaube, alles, was hier den Namen Weib trägt, hat heute noch keinen freundlichen Blick von Ihnen erhascht. Wozu denn auch? Die Frauen sind ja sämmtlich falsch!"

Jerzy hatte sich jetzt wieder aufgerafft, und während er seine Augen zu ihr aufschlug, sagte er: „Sind denn die Frauen wirklich falsch?"

„Ganz natürlich . . . sobald sie nämlich mit einem Baron plaudern und scherzen und dabei sich erinnern, daß ein gewisser einsamer und selbstvergessener Mensch sie nicht einmal zu einem Tanze auffordert."

„Ich glaubte, inmitten dieses Trubels . . ."

„Könnte ich ich mich ohne Sie behelfen? Das ist mir ja eine nette Auffassung . . . . Aber ich bin nun einmal ein solch widerspenstiges Geschöpf . . . Da . . sehen Sie her!"

Bei diesen Worten nestelte sie mit ihren kleinen Händchen ein Elfenbeintäfelchen hervor und deutete nach einer Stelle hin.

„Es ist der erste Mazur auf einem großen Balle . . . Ich wollte denselben mit keinem anderen tanzen, als nur mit Ihnen und habe ihn deshalb für Sie reservirt."

Jerzy bückte sich, um von der Wahrheit ihrer Worte sich zu überzeugen, dann schaute er ihr tief in die Augen. Siedenheiß fuhr es ihm durch den Körper, dunkle Gluth färbte sein Antlitz, und unwillkührlich zog er das weiße Händchen mit der Tanzkarte an seine Lippen.

„Ich danke Ihnen," flüsterte er.

Doch Terenia war schon nicht mehr bei ihm; sie stand einige Schritte von ihm entfernt und lauschte den faden Schwätzereien eines geckenhaften, jungen Edelmannes, welcher feierlich gelobte, sämmtliche Tänze nur mit ihr zu tanzen. Während ein spöttisches Lächeln um die Lippen des schönen Mädchens irrte, sagte der eitle Geck zu sich:

„Sie ist schön, das vermag niemand zu bestreiten, und wie sie die Männer anzuschauen versteht! Zudem ist sie die Nichte des Grafen Morski, möglicherweise seine Erbin . . . . Wenn sie nur ein größeres Vermögen besäße, wer weiß . . . . Schade, schade, allein ich brauche Moses und die Propheten!"

Als die Klänge des Mazur ertönten, stellten sich die Tänzer paarweise im Saale auf Terenia blickte den jungen Kotwicz mit ihren dunklen Augen herzlich an.

„Sind Sie böse auf mich?" fragte sie leise.

„Ich bin überglücklich," entgegnete er ihr mit verschleierter Stimme.

Ein Schimmer unbeschreiblicher Freude huschte über das Antlitz des schönen Mädchens.

„Wie ich sehe, muß man sich Ihnen geradezu offen anbieten, um Sie glücklich zu machen," antwortete sie leise, während sie tanzend ihr Köpfchen an seiner Brust barg.

XI.

Dieser Mazur war für Terenia und Jerzy gleichsam wie ein Gedicht, welches ihre Seelen mit unendlicher Glückseligkeit erfüllte, und diese innere Glückseligkeit spiegelte sich in ihren Augen wieder, so daß Graf Morski vor Neid und Zorn fast bersten wollte. Nur allzu deutlich erkannte er, daß das junge Mädchen absichtlich diesen Tanz für Jerzy reservirt hatte. Zu allem Ueberfluß hatte Maurice Korybut, ohne den Schloßherrn zu fragen, die Einrichtung getroffen, daß ein jeder Herr diejenige Dame zu Tisch führte, mit welcher er Mazur tanzte, und der Graf mußte, wollte er keine Scene aufführen, nolens volens der Frau Opolska den Arm bieten. Der Anblick des hübschen jungen Paares, welches von Frohsinn und Heiterkeit wie verklärt schien, erfüllten ihn derart mit Neid und Ingrimm, daß er sich im Stillen den Schwur leistete, auf jeden Fall an diesem frechen Eindringling sich zu rächen. Fast krankhaft geberdete er sich bei seiner beleidigten Eigenliebe und bei seiner glühenden Leidenschaft für diese eisigkalte Dorfschönheit, welche auf ihn, den verwöhnten Salonlöwen, den „Vertrauten und Eingeweihten der Damenstübchen," einen gewaltigen Eindruck machte. Und nun sollte er sich von einem solch simplen Menschen, von dem Sohne eines Bauern ausstechen lassen? Die höhnischen Bemerkungen Kruzenbergs gossen nur noch mehr Oel ins Feuer, und er mußte seine ganze Manneskraft zusammenraffen, damit nicht etwa seine Wuth in beleidigenden Worten sich Luft machte, welche ihm — das wußte er nur zu gut — die Thüren von Opol auf immer verschlossen haben würden.

(Fortsetzung folgt.)

Stettin, 9. Januar 1893.

Bekanntmachung,
betreffend die Anmeldung zur Rekrutirungs-Stammrolle.

Zufolge der Deutschen Wehr Ordnung vom 22 November 1888 § 25 werden alle diejenigen männlichen Personen des Deutschen Reiches, welche

1. im Jahre 1873 geboren sind,
2. in den Jahren 1872, 1871 und **vorher** geboren sind und eine **endgültige Entscheidung über ihr Militär-Verhältniß seitens einer Ober-Ersatz-Kommission noch nicht erhalten haben**

und gegenwärtig im **Gebiete der Stadt Stettin** sich aufhalten, hierdurch aufgefordert:

sich behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutirungs-Stammrolle in der Zeit vom **15. Januar bis zum 1. Februar d. J.** bei dem Polizei Kommissarius ihres Reviers, unter Vorlegung ihrer Geburtsscheine oder ihrer Militärpapiere, persönlich zu melden.

Für Diejenigen, welche im hiesigen Orte nach § 25 der Wehr-Ordnung gestellungspflichtig, zur Zeit aber auf Reisen, auf See oder sonstwie abwesend sind, müssen die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherren die Anmeldung bewirken.

Wer diese Anmeldungen unterläßt, wird nach § 25 zu 11 der Wehr-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Der Polizei-Präsident.
Thon.

Stettin, den 11. Januar 1892.

Bekanntmachung,
betreffend die Droschkenhalteplätze.

Die durch die Polizei-Verordnung vom 30. August 1883 eingeführte Standplatznachweisung wird unter Zustimmung des Gemeindevorstandes dahin geändert, daß von jetzt ab der Droschkenhalteplatz auf dem Bismarckplatze von dort nach dem westlichen Ende und der nördlichen Seite der Bismarckstraße und zwar östlich bezw. westlich vierteljährlich wechselnd — vom Eingange zur Auffahrt zum Zirkusgebäude — verlegt wird, und haben sich daselbst 6 Droschken aufzustellen.

Königliche Polizei-Direktion.
Thon.

Stettiner Gartenbau-Verein.

Die Jahres-(General-)Versammlung findet am Montag, den 16. d. Mts., Abends 7½ Uhr, im **Bruckner**'schen Saale, Augustastr., statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Mittheilungen.
2. Rechnungslegung für das Jahr 1892 und Wahl der Kassenrevisoren.
3. Berathung des Haushaltes für 1893.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Stettiner Handwerker-Verein.

Heute Abend im Vereins-Lokal:
Unterricht im Zeichnen.
Der Vorstand.

Evangelischer Arbeiter-Verein.

Mittwoch, den 25. d. Mts., Abends 8½ Uhr, im **Rohrer**'schen Lokal, Gustav-Adolfstraße: **Halbjährliche Hauptversammlung.** 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Ersatzwahl des Vorstandes und der Gruppenführer. 4. Anträge und besondere Besprechungen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen.
Der Vorstand.

I. Feige'sche Sterbekassen-Gesellschaft zu Stettin.
Gegründet 1784.

Am Sonntag, den 29 Januar d. Js., Nachmittags 4½ Uhr, im **Eiskeller-Restaurant**, Breitestr Nr. 16:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Lage der Gesellschaft.
2. Rechnungslegung des Rendanten.
3. Ertheilung der Entlastung.
4. Wahl von Gesellschaftsbeamten.

Der Vorstand.

Verein ehem. Jäger und Schützen.

Eintrittskarten zum Kyffhäuser-Konzert sind bis 16. d. Mts. beim Kameraden **Rades** zu haben. Anzug dunkel. Vereinsabzeichen.
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. (E. H)

Um Irrthümer zu vermeiden, erklären wir hiermit, daß unsere Kasse nach wie vor bestehen bleibt und es jedem Schneider überlassen ist, der freien Hülfskasse beizutreten, welche bekanntlich größere Vortheile bietet als die Ortskasse. Aufnahmen finden statt bei **Nowotka**, Saunierstr. 3, h. 3 Tr., **Lippke**, Rosengarten 51, 3 Tr. u. jeden Montag bei **Weissberg**, Rosengarten 6, 1 Tr.

Die örtliche Verwaltung.

NB. Unser **Maskenball** findet **Sonnabend**, den **4. Februar**, in der Philharmonie statt.

Familien-Anzeigen aus anderen Zeitungen.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Herzberg [Kolberg] — Herrn Fuhrmann [Stralsund]. — Herrn Dr. Erich [Marlow]. — Eine Tochter: Herrn Hans Bobsien [Stettin]. — Herrn August Schneppe [Stettin].

Gestorben: Herr Eduard Rüterbusch [Bergen]. — Frau Wittwe Schubert [Stargard]. — Herr Johann Balzer [Ulrichshorst]. — Frau Pauline Düwahl [Stettin].

Die Kreidenutzung

im Distrikt 88 des Schutzbezirks Kusewase, Oberförsterei Werder, soll alternativ auf 6 resp. 12 Jahre vom 1. April dieses Jahres ab öffentlich meistbietend verpachtet werden und wird hierzu ein Termin auf

Freitag, den 10. Februar, Vormittags 10 Uhr,

im **Hotel Bellevue** in Crampas anberaumt.

Die Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht und können auch vorher auf hiesiger Registratur eingesehen werden.

Der zum Abbau bestimmte Kreidebruch wird auf Wunsch von dem Belaufsbeamten Förster **Tank** in Kusewase vorgezeigt werden.

Werder, den 9. Januar 1893.

Die Königliche Ober-Försterei.

Kirchliche Anzeigen

zum Sonntag, den 15. Januar.

Schloßkirche:
Herr Pastor de Bourdeaux um 8¾ Uhr.
Herr Konsistorialrath Gutschmidt um 10½ Uhr.
Herr Prediger Katter um 5 Uhr.
Dienstag Abend 6 Uhr Bibelstunde:
Herr Konsistorialrath Brandt.

Jakobi-Kirche:
Herr Prediger Steinmetz um 10 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte u. Abendmahl.)
Herr Prediger Dr. Scipio um 2 Uhr.
(Nach der Predigt Kollekte zum Besten des Baues einer evangelischen Kirche in Metz.)
Herr Prediger Dr. Lülmann um 5 Uhr.
(N. d. Predigt Versammlung der konfirmirten Töchter in der Taufkapelle: Herr Prediger Dr. Lülmann.)

Johannis-Kirche:
Herr Militäroberpfarrer Kramm um 9½ Uhr.
(Militärgottesdienst.)
Herr Prediger Stephani um 11 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Pastor Wellmer um 5 Uhr.

Peter- und Paulskirche:
Herr Pastor Fürer um 10 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Nachm. 5 Uhr Jahresfest des Jünglings-Vereins „Zum guten Hirten": Herr Pastor Schlapp.
Mittwoch Abend 6 Uhr Bibelstunde:
Herr Pastor Fürer.

Johanniskloster-Saal (Neustadt):
Herr Pastor prim. Müller um 9 Uhr.

Lutherische Kirche (Neustadt):
Vorm. 9½ Uhr Lesegottesdienst.
Herr Pastor Schulz um 5½ Uhr.

Lutherische Immanuel-Gemeinde (Elisabethstraße 46):
Herr Pastor Zoeller um 10 Uhr.

Baptisten-Kapelle (Johannisstr. 4):
Herr Prediger Liebig um 9½ Uhr.
Herr Prediger Liebig um 4 Uhr.

Brüdergemeinde (Elisabethstr. 46):
Herr Prediger Grunewald um 4 Uhr.

Seemannsheim (Krautmarkt 2, II.):
Herr Pastor Thimm um 10 Uhr.

Scharnhorststr. 8, Hof part.:
Um 4 Uhr Sonntagsschule: Herr Stadtmissionar Blank.
Dienstag und Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde:
Herr Stadtmissionar Blank.

Lukas-Kirche:
Herr Pastor Homann um 10 Uhr.
Herr Prediger Dünn um 2½ Uhr.

Bethanien:
Herr Vikar Melhorn um 10 Uhr.

Salem (Torney):
Herr Pastor Schlapp um 10 Uhr.
Der Abendgottesdienst fällt aus.

Knabenhort (Apfelallee):
Herr Prediger Schultz um 10 Uhr.
Mittwoch Abend 7 Uhr Bibelstunde:
Herr Prediger Schultz.

Kirche der Kückenmühler Anstalten:
Herr Vikar Wendlandt um 10 Uhr.
Herr Prediger von Lühmann um 10 Uhr.

Nemitz (Schulhaus):
Herr Prediger Brauser um 10 Uhr.

Friedens-Kirche (Grabow):
Herr Pastor Mans um 10½ Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Rahn um 2½ Uhr.
Mittwoch Abend 7½ Uhr Bibelstunde im alten Betsaale:
Herr Pastor Mans.

Matthäus-Kirche (Bredow):
Herr Pastor Deicke um 10 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Liermann um 2½ Uhr.

Luther-Kirche (Züllchow):
Herr Prediger Liermann um 10 Uhr.
Herr Pastor Deicke um 2½ Uhr.

Pommerensdorf:
Um 9 Uhr Gottesdienst.
Herr Prediger Müller um 2 Uhr.

Scheune:
Um 11 Uhr Gottesdienst.

Sonntag Abend 7 Uhr Versammlung des Enthaltsamkeitsvereins im Marienstifts-Gymnasium, wozu auch Nichtmitglieder eingeladen werden. Den Vortrag wird Herr Pastor Mans halten.

Heinrichstraße 36, 1 Tr.:
Montag Abend 7 Uhr Bibelstunde:
Herr Prediger Hasert.

Augustastr. 48, 2 Tr. (Konzerthaus):
Sonntag und Dienstag Abend 8 Uhr Evangelisations-Versammlung: Evangelist Grams. Jedermann ist freundlich eingeladen.

Fort Preußen:
Dienstag Abend 7 Uhr Bibelstunde:
Herr Prediger Dr. Lülmann.

Schiffbaulastadie 10, 1 Tr.:
Donnerstag Abend 8 Uhr: Gebets-Versammlung:
Stadtmissionare Claus u. Blank.

Pferde stehen zum Verkauf
Oberwiek 57, Restauration.

3 bis 4 zerlegbare Kanarien-Heckbauer kauft
Wilke, Friedrichstr. 3, Keller.

Wilhelmstr. 20

im **neu** gebauten Hause zu vermiethen:
2 Treppen rechts: Entree, eine zweifenstrige und eine einfenstrige Stube, Küche, Bodenkammer, Keller.

Näheres im Vorderhause 1 Treppe, oder bei **R. Grassmann,** Kirchplatz 3, 1 Treppe.

Wilhelmstr. 20

Hinterhaus, 2 zweifenstrige Stuben, Küche und Keller zu vermiethen.

Näheres Vorderhaus 1 Treppe, oder bei **R. Grassmann,** Kirchplatz 3, 1 Treppe.

Zum 1. April wird von **ruhigen Miethern** ein Wohnung v. 3 Stub., Kab. u. Zubehör, nicht über 2 Trepp., in der Oberstadt zu miethen gesucht.
Off. mit Preisangabe unter **R. G.** in der Exped. d. Bl., Kirchplatz 3, erbeten.

Ein tüchtiger Barbiergehülfe
wird per sofort oder später verlangt.
E. Krämer, Friseur, Berliner Thor Nr. 3.

Zum 1. April d. J. wird ein unverheiratheter tüchtiger Stellmacher gesucht, der womöglich auch etwas von Maschinen versteht.
Dom. Radduhn bei Greifenberg i. Pomm.

Werkmeister gesucht.

In meiner mit Faßfabrik verbundenen Schneidemühle in Friedrichshof will ich die Kistenfabrikation mehr als bisher betreiben; ich suche für den ganzen Betrieb einen in diesen Branchen erfahrenen Werkmeister und erbitte Anmeldungen, unter Beifügung der entsprechenden Zeugnisse, an Herrn Ober-Inspektor Gansange zu Friedrichshof II (Falkenwalderstraße) zu richten.

Stettin, im Januar 1893.

Quistorp,
Fabrikbesitzer u. Kommerzienrath.

Posen.

Fleißiger, strebsamer Agent mit vorzüglichen Empfehlungen, gut eingeführt, sucht noch einige lohnende Vertretungen in Colonialwaaren und einschlägigen Artikeln zu übernehmen. Offerten sub **M. L. 45** befördert d. Annonc.-Exped. **Heinr. Eisler, Posen.**

Ein Hamburger branchekundiger Kaufmann mit **prima** Referenzen **wünscht ein Herren-Garderoben Kommissions-Lager.**
Offerten sub **L. X. 122** an die Annoncen-Expedition v. **Gotthard Latte, Hamburg,** erbeten.

Wein-Agentur

von f. leistungsfäh. christl. Wein-Großhandlung a. Rh. (Rhein- und Moselweine) für **Stettin** und **Umgegend,** ev. auch **Pommern** und **Mecklenburg** sofort zu vergeben. Offerten unter **R. 16** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Mainz.**

Damen- und Kinderkleider
werden gutsitzend und billig angefertigt
Langestraße Nr. 45, 2 Tr. links.

Centralhallen.

Vorletzte Vorstellung.
Benefiz: Mad. u. Mr. Schaffeur.
Montag, den 16. Januar, 9 Uhr:
1. gr. Masken-Ball.

Thalia-Theater.

Heute, Sonnabend:
Gr. Abschieds-Benefiz-Vorstellung
für die großartige amerikanische Luftkönigin
Miss Alexandrine Eksip!
Vor erstes Auftreten des jetzigen zahlreichen Spezialitäten-Personals!
Riesen-Programm!
Nach der Vorstellung:
Vereins-Tanz-Kränzchen.
Sonntag Mittag: **Matinée.**

Bellevue-Theater.

Direktion: **Emil Schirmer.**
Sonnabend, den 14. Januar 1893:
Volksthümliche Vorstellung bei kleinen Preisen
(Parquet 50 Pfg.)
Die Maschinenbauer.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Abtheil. (6 Bildern) von A. Weirauch.
Sonntag, 15. Januar 1893.
Nachmittags 3½ Uhr. (Kleine Preise.)
Boccaccio.
Abends 7 Uhr.
Novität! Zum 6. Male: Novität!
Zwei glückliche Tage.
Schwank in 4 Akten von Schönthan und Kadelburg.

Stadt-Theater.

Sonnabend:
(Klassiker-Vorstellung zu kleinen Preisen)
Ein Wintermärchen.
Sonntag:
(Nachmittags 3½ Uhr, zu kleinen Preisen.)
Die Haubenlerche.
Abends 7 Uhr:
Tannhäuser.